



**Protokoll der 110. Sitzung des Fakultätsrates
der Fakultät für Rechtswissenschaft**

am Mittwoch, den 03. Juli 2024, 14 Uhr c.t., in Raum A125

Beginn: 14.49 Uhr
Ende: 15.59 Uhr

Professorinnen und

Professoren:

Herr Prof. Dr. Tilman Repgen (Vorsitzender; nicht stimmberechtigt)

Herr Prof. Dr. Jochen Bung

Frau Prof. Dr. Gabriele Margarete Buchholtz

Frau Prof. Dr. Claudia Schubert (Stellvertretung; nicht stimmberechtigt;
bis 14.46 Uhr)

Frau Prof. Dr. Marion Albers

Frau Prof. Dr. Eva van der Zee

Herr Prof. Dr. Hinrich Julius

Herr Prof. Dr. Alexander Proelß (Stellvertretung; nicht stimmberech-
tigt; bis 14.46 Uhr)

Herr Prof. Dr. Wolf-Georg Ringe (ab 14.31 Uhr)

Akademisches

Personal:

Herr Olcay Aydik

Frau Nina Tzankoff

Frau Lea Bandowsky

Studierende:

Herr Malte Deutschmann

Frau Franka Wigard

Herr Tom Graßer

Frau Una Winter (Stellvertretung; nicht stimmberechtigt)
Frau Zahra Bayatpoor (Stellvertretung; nicht stimmenberechtigt)
Frau Anna Uchakina (Stellvertretung; nicht stimmberechtigt)

TVP: Herr Sven Schwittay
Frau Stefanie Schmidt
Frau Dinah Cassebaum (bis 15.19 Uhr)

Gäste: Herr Prof. Dr. Dr. Milan Kuhli
Frau Kristina Hohendorf
Frau Verena Kahl (Gleichstellungsreferat)
Herr Prof. Dr. Lars Hummel
Herr Tristan Trzeciok

Protokoll: Anastasia Pohler, Dekanatsreferentin

II. Öffentlicher Teil:

TOP 9. Ausschusswahl (bis 14.49 Uhr)

Ausschuss für Haushalt und Finanzen; vgl. § 2 I GeschäftsO

Professoren

Wiederwahl von Herrn Prof. Dr. Lars Hummel

Wiederwahl von Herrn Prof. Dr. Armin Hatje

Wiederwahl von Frau Prof. Dr. Gabriele Buchholtz (Stellvertretung)

akademisches Personal

Neuwahl von Herrn Dr. Sören Deister

Neuwahl von Herrn Janosch Kleinschnittger (Stellvertretung)

Studierende

Wiederwahl von Frau Zahra Bayatpoor

Neuwahl von Herrn Lukas Bauer (Stellvertretung)

TVBP

Neuwahl von Frau Anouk Andres

Beschluss:

Der Fakultätsrat der Fakultät für Rechtswissenschaft wählt die genannten Personen in den Ausschuss für Haushalt und Finanzen.

Stimmverhältnis: 15 Jastimmen / 0 Neinstimmen / 0 Enthaltungen

TOP 10. Neufassung der EMLE-Prüfungsordnung (bis 14.53 Uhr)

vgl. Vorlage

Herr Prof. Dr. Ringe berichtet über die Erforderlichkeit einer Neufassung der EMLE-Prüfungsordnung. Zahlreiche inhaltliche Änderungen führten zu einer Verschiebung bei den Kursen, die eine Abstimmung mit den Partneruniversitäten benötigte. Daraufhin wurden ein Joint Agreement getroffen und neue Tracks eingeführt, die das Programm attraktiver für die Studierenden machen. Die neue PO wurde mit der Rechtsabteilung und dem Studienmanagement bereits abgestimmt.

Beschluss:

Der Fakultätsrat der Fakultät für Rechtswissenschaft stimmt der Neufassung der EMLE-Prüfungsordnung zu.

Stimmverhältnis: 15 Jastimmen / 0 Neinstimmen / 0 Enthaltungen

TOP 11. Stellungnahme des Haushaltsausschusses zum Budgetplan 2024 (bis 15.24 Uhr)

vgl. 108. Sitzung vom 17. April 2024

Stellvertretend für den Ausschuss für Haushalt und Finanzen nimmt Herr Prof. Dr. Hummel wie folgt Stellung:

1. Der Ausschuss stellt fest, dass in den die Ausgabeseite betreffenden Ansätzen des Budgetplans 2024 im Vergleich zu den Ist-Ausgaben 2023 das Bestreben sichtbar wird, auf verschiedenen Feldern Einsparungen herbeizuführen. Das betrifft nicht die (in einem weiteren Sinne verstandenen) Personalkosten – bei denen die im laufenden Haushaltsjahr zu erbringenden Aufwendungen angesichts der zugrunde liegenden Verpflichtungsgründe wohl weitgehend determiniert sind –, die AMBSL-Stipendien sowie Aufwendungen im Zusammenhang mit der Zentralbibliothek Recht.
2. Konkrete Maßnahmen, Konzepte oder Planungen einschließlich ihrer finanziellen Auswirkungen, die das Dekanat zur Bewältigung der Haushaltslage als angezeigt oder zumindest erwägenswert erachtet, sind dem Ausschuss für Haushalt und Finanzen (fortwährend) unbekannt. Aus diesem Grunde vermag der Ausschuss die Feststellungen zu 1. nicht in einem größeren, übergreifenden Zusammenhang zu bewerten, ohne in die Zuständigkeiten des Dekanats einzugreifen.
3. Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen empfiehlt dem Fakultätsrat, die Verantwortungsanteile des Präsidiums der Universität Hamburg für die aktuelle und zukünftige Haushaltslage, welche aus dessen autonomen Prioritätssetzungen im Bereich des Zuschnitts der universitären Aufgaben resultieren, im Verhältnis zum Präsidium zu thematisieren und dieses insbesondere an den finanzrechtlichen Grundsatz zu erinnern, dass die Finanzausstattung (durch das Präsidium) den Aufgaben (die der Fakultät für Rechtswissenschaft obliegen) folgen muss.

Prof. Dr. Albers: Es müsste gegenüber dem Präsidium präzisiert werden, um welche Maßnahmen es geht.

Prof. Dr. Hummel: Das Präsidium hat angekündigt, 50 Professuren für KI einzurichten. Allerdings ist das Geld dafür noch nicht gesichert. Zwischenzeitlich werden aber Kunstgegenstände angeschafft oder das Campusfest ausgerichtet – die Prioritäten sollten richtig gesetzt werden, damit die Universität ihre Kernaufgaben in der Forschung und Lehre erfüllen kann.

Prof. Dr. Julius: Das Argument gegenüber der Präsidialverwaltung ist, dass sie falsch priorisieren. Man muss an konkreten Projekten und Beispielen zeigen, dass dies nicht richtig ist bzw. anders priorisiert werden sollte.

Frau Kahl: Gibt es Nebenabsprachen mit dem Präsidium? Welche Möglichkeiten hat die Fakultät auf die Missstände hinzuweisen?

Prof. Dr. Hummel: Es bestehen keine Zweifel, dass das Dekanat alle Möglichkeiten ausschöpft das Präsidium auf die mangelhafte finanzielle Lage der Fakultät hinzuweisen und dabei auf erheblichen Widerstand stößt.

Frau Tzankoff: Wird dem Fakultätsrat mitgeteilt, an welchen Positionen Einsparungen vorgenommen werden sollen? Was bedeuten 5% Einsparungen?

Vorsitzender: Im Jahr 2024 fehlen ca. 680 T. € im Haushalt. Die Zuweisungen aus dem Präsidium wurden reduziert und damit muss das Dekanat aus Sicht des Präsidiums gut wirtschaften können und ggf. die Mittel anders verplanen. Die Gestaltungsmöglichkeiten der Fakultät sind jedoch in der Realität sehr begrenzt, da der Kernbetrieb aufrechterhalten werden muss. Die Lehrstühle werden erhalten, ggf. nicht mit derselben Ausstattung. Es werden weder die Sachmittel noch die finanzielle Unterstützung für die Law Clinics und Moot Courts gekürzt. Allerdings ist vorhersehbar, dass dieses Jahr ein Defizit erwirtschaftet wird. Dem Präsidium wurde bereits mitgeteilt, dass das Geld nicht ausreicht. Der Besuch des Präsidenten im Professorium im Wintersemester wird eine gute Gelegenheit sein, dieses Thema anzusprechen.

Frau Bayatpoor: Gibt es Informationen, ob das Budget auch bei anderen Fakultäten gekürzt wurde?

Vorsitzender: Budgetkürzungen wurden bei allen Fakultäten, auch in der Präsidialverwaltung selbst, vorgenommen.

Herr Deutschmann: In der letzten Kürzungsrunde wurden bereits Kernbereiche eingeschränkt. Der reibungslose Betrieb der ZBR ist für das Studium zB unabdingbar. Der Fakultätsrat sollte jetzt schon eine Stellungnahme verfassen.

Vorsitzender: Die Defizite sind dem Präsidium bekannt, auch die stattgefundenen Demonstrationen der Studierenden sind dem Präsidium nicht entgangen, dennoch ändert sich an der finanziellen Situation nichts.

Für die Umsetzung der Exzellenzstrategie muss Geld in die Hand genommen werden. Alle sieben Jahre müssen neue Entwicklungsschritte vorgezeigt werden – das Exzellenzgeld deckt die Standardanforderungen jedoch nicht ab.

Herr Deutschmann: Wenn die Hälfte des wissenschaftlichen Nachwuchses fehlt, gibt es keine exzellente Forschung und Lehre mehr. Es ist zwei Jahre her seit der letzten öffentlichen Bekundung durch die Demonstrationen. Es sollte erneut eine öffentlich wirksame Stellungnahme vom Haushaltsausschuss verfasst werden.

Vorsitzender: Gegen eine Stellungnahme des Haushaltsausschusses ist nichts einzuwenden.

Frau Kahl: Auch für die Exzellenzinitiative wird Personal benötigt, Seniorprofessuren müssen erhalten bleiben und der wissenschaftliche Nachwuchs fehlt. Themen wie Nachhaltigkeit etc. können nicht erforscht werden, wenn kein Geld für die Projekte da ist.

Frau Tzankoff: Es geht vor allem um den Ruf der Universität Hamburg, deshalb sollte die mangelhafte Finanzierung an die Öffentlichkeit herangetragen werden.

Beschluss:

Der Fakultätsrat der Fakultät für Rechtswissenschaft nimmt die Stellungnahme des Haushaltsausschusses zum Budgetplan 2024 positiv zur Kenntnis.

Stimmverhältnis: 15 Jastimmen / 0 Neinstimmen / 0 Enthaltungen

TOP 12. Gelegenheit zur Stellungnahme zum Rechenschaftsbericht 2023 (bis 15.27 Uhr)**Beschluss:**

Der Fakultätsrat der Fakultät für Rechtswissenschaft nimmt den Rechenschaftsbericht der Fakultät für Rechtswissenschaft 2023 positiv zur Kenntnis.
Prof. Dr. Julius: die Drittmittel für das Projekt Chinesische-Deutsches Institut für Rechtswissenschaften (CDIR) tauchen in der Drittmittelstatistik nicht auf.
Frau Pohler: Die Drittmittelstatistik wird vom Referat 75 (Operatives Drittmittelcontrolling) zur Verfügung gestellt und berücksichtigt nur Projekte, die im Kalenderjahr 2023 im SAP System erfasst wurden; daher nicht vollständig. Die CDIR Mittel werden nächstes Jahr aufgeführt.

TOP 13. Bericht des Dekans (bis 14.47 Uhr)

- Stand in der Nachfolge Prof. Dr. Mankowski (Verfahren 2384): Herr Prof. Dr. Konrad **Duden** hat den Ruf zum 1.10.2024 angenommen.
- Außerordentliche Berufung von Frau Prof. Dr. Saskia Lettmaier: Frau Prof. Dr. Saskia **Lettmaier** hat den Ruf zum 1.10.2024 angenommen.
- W1-Professur "Strafrecht mit Bezügen zur Digitalisierung" (JP358): An Frau Dr. Hannah **Ofterdinger** wurde der Ruf erteilt.
- **Neustrukturierung Promotion**
 Aufgrund der universitären Vorgaben wird das Promotionsverfahren für Individualpromotionen reformiert. Ab 2025 sollen alle Promotionsverfahren in einem strukturierten Verfahren durchgeführt werden. Die zukünftigen Promotionsverfahren — auch die der geplanten Graduiertenkollegs — werden unter dem Dach der AMBSL stattfinden.

Frau Kahl: Wird das Gleichstellungsreferat an dem Umstellungsprozess beteiligt? Die Neustrukturierung ist eine gute Idee, für bestimmte Personengruppen müssten jedoch hybride Angebote zur Verfügung gestellt und Ermäßigungen im Härtefall bedacht werden.

Vorsitzender: Das Gleichstellungsreferat wird in den Prozess einbezogen.

Frau Tzankoff: Ab wann soll das umgesetzt werden?

Vorsitzender: Wenn alles gut läuft, soll der Vorschlag zur Änderung der Promotionsordnung schon im kommenden Wintersemester dem Fakultätsrat vorgelegt werden; spätestens im Jahr 2026 wird das Vorhaben umgesetzt.

Prof. Dr. Hummel: Müssen dann weiterhin zwei Seminarscheine als Zulassungsvoraussetzung vorgelegt werden? Externe Doktorandinnen und Doktoranden, die über eine Stiftung finanziert werden, erwartet dann ein ausgeprägtes Programm – wäre es nicht zu viel für die externen Promovierenden?

Vorsitzender: Die Zulassungs- und Anrechnungsmodalitäten werden noch ausgearbeitet. Eine Mehrbelastung im Vergleich zur Individualpromotion wird durch den zusätzlichen Pflichtanteil definitiv vorhanden sein.

Herr Deutschmann: Werden die Themen der Pflichtveranstaltungen an die Schwerpunktsetzung der Doktorandinnen und Doktoranden angepasst?

Herr Aydik: Wird es für dieses neue Programm auch Mittel aus der Landesforschungsförderung oder anderen Drittmittelgebern geben?

Vorsitzender: Das strukturierte Programm wird in diesem Fall an die Individualpromotion drangehängt – es wird also kein spezifisches drittmittelgefördertes Thema behandelt.

Prof. Dr. Julius: Das Projekt wird Kapazitäten kosten, vielleicht wäre es auch ein Argument für die Erhöhung des Budgets.

- **„Nordstern“/Finanzsituation SUB**

Die Staats- und Universitätsbibliothek (SUB) hat 8% weniger Budget erhalten, wobei viele Baumaßnahmen durch die SUB selbst finanziert werden müssen. Aus diesem Grund wurde in diesem Jahr ein Anschaffungsstopp verhängt – es können keine Neuanschaffungen vorgenommen werden (Abonnements ausgenommen).

Frau Bayatpoor: Wenn das Geld gestrichen wird, kommt es nie wieder zurück.

Vorsitzender: Diese Maßnahme wurde bereits so administriert.

Frau Tzankoff: Wirken sich diese Maßnahmen auch auf die ZBR aus?

Vorsitzender: Die ZBR gehört nicht dazu, sie gehört zur Fakultät, und ein entsprechender Etat ist vorgesehen.

- **„Hamburger Protokoll“**

Initiiert durch die Bucerius Law School fand im Dezember 2023 eine Arbeitssitzung statt, aus der das „Hamburger Protokoll“ entstanden ist. Gefordert wird eine grundlegende Reform der juristischen Ausbildung in Deutschland. Das Thema wurde im Juli 2024 der Justizsenatorin vorgetragen.

- **Transfertag Jura**

Der Transfertag ist eine gemeinsame Veranstaltung der Fakultät für Rechtswissenschaft und dem Fachschaftsrat der Universität Hamburg, die am **29. August 2024 von 10:00 bis 17:00** Uhr im Rechtshaus stattfindet. Die Veranstaltung bietet Studierenden die Möglichkeit, verschiedene juristische Berufe kennenzulernen und mit potenziellen Arbeitgebern in Kontakt zu treten. Das Programm umfasst Präsentationen und Diskussionen mit renommierten Kanzleien, Unternehmen sowie Vertretern von Gerichten, Staatsanwaltschaft und der Finanzbehörde Hamburg. Ein weiteres Ziel der Veranstaltung ist die Vermittlung von Praktika und Referendariatsplätzen. Die Senatorin für Justiz und Verbraucherschutz der Freien und Hansestadt Hamburg, Anna Gallina, und der Prodekan für Studium und Lehre, Professor Dr. Dr. Kuhli, werden zu Beginn des

Transfertags ein Grußwort halten. Nach den Sessions wird es ein nettes Get-Together mit Speisen und Getränken geben.

Webseite: <https://www.jura.uni-hamburg.de/transfer/veranstaltungen/transfertag-jura.html>

Herr Deutschmann bittet um die Verteilung der Information in den Lehrveranstaltungen; zu diesem Zweck wird an die Lehrstühle eine Präsentation gesendet.

- **Albrecht Mendelssohn Bartholdy Feier**

Aus Anlass des 150. Geburtstags von Albrecht Mendelssohn Bartholdy veranstaltet die Fakultät für Rechtswissenschaft am Freitag, den 25. Oktober 2024 von 16.00 bis 18.00 Uhr im Rechtshaus-Hörsaal (Rothenbaumchaussee 33, 20148 Hamburg) eine musik-biographische Kollage mit Eva Mengelkoch (Klavier) und Michael Mogl (Tenor), zu der alle herzlich eingeladen sind.

Bitte melden Sie Ihre Teilnahme bis zum 11. Oktober 2024 unter <https://uhh.de/rw-konzert> an.

- **Neues Konzept der Examensfeier**

Die Anzahl der an der Promotionsfeier teilnehmenden Doktorandinnen und Doktoranden hat drastisch abgenommen (Stand 15.05.2024: 11 Teilnehmende). Die Zusammenlegung der Examensfeier und der Promotionsfeier zu einer Abschlussfeier würde nicht nur den personellen, sondern auch den finanziellen Aufwand reduzieren bzw. den letzten gänzlich wegfallen lassen, da die Examensfeier bisher vollständig durch Spendengelder finanziert werden konnte.

TOP 14. Verschiedenes (bis 15.59 Uhr)

Frau Kahl: An wen kann man sich bezüglich der Funktionstüchtigkeit der Fahrstühle wenden?

Vorsitzender: Das Serviceteam ist für die Instandhaltung zuständig; dafür gibt es ein Störungsformular im KUS-Portal.

Frau Schmidt: Auf der Webseite der ZBR wird regelmäßig über die nicht funktionierenden Aufzüge informiert.

Herren Tristan Trzeciok und Malte Deutschmann: Kürzlich wurde der Fakultätsclub e.V. gegründet, der den Austausch zwischen Studierenden, Ehemaligen, Fakultätsmitgliedern und externen Unterstützern ermöglicht. Es gibt eine Liste, in die sich alle an der Teilnahme Interessierten eintragen können:


<https://forms.office.com/e/mta0yG2nA0?origin=lprLink>

Der Verein widmet sich u.A. der Förderung und Organisation von studien- und berufsbegleitenden Veranstaltungen, Verleihung von Preisen und Stipendien, Vergabe von studienbezogener finanzieller Nothilfe und der Bildung eines Netzwerks.

Prof. Dr. Dr. Kuhli: Ggf. könnte man auch dazu eine Rundmail an alle versenden.

Prof. Dr. Ringe: Wie wird der Club finanziert?

Herr Deutschmann: Der Verein soll durch die Fördermitgliedschaften und Spenden finanziert werden (für Studierende 12 Euro/Jahr). Außerdem soll der Verein Förderkreis Recht aufgelöst werden, das Vermögen soll auf den Fakultätsclub e.V. übertragen werden.



Prof. Dr. Tilman Repgen



Anastasia Pohler (Protokollführerin)